

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 22. öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des  
Rechnungsprüfungsausschusses am 09.09.2003**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus (Wappensaal), 06120 Halle, Marktplatz 2

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

**Anwesend sind:**

Frau Hannelore Blumenthal	UBF	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dietmar Klimek	PDS	
Frau Heidrun Tannenberg	PDS	
Herr Karl-Heinz Dreizehner	SPD	
Herr Manfred Schuster	HAL	
Herr Hartmut Hoffmann	SKE	
Herr Klaus Hüsing	SKE	
Herr Swen Knöchel	SKE	
Frau Claudia Pfeiffer	SKE	
Frau Monika Richter	SKE	
Frau Ursula Schmiedel	SKE	
Frau Sybille Brünler-Süßner		
Herr Dieter Funke		Beigeordneter
Frau Annett Groß		
Herr Hans-Joachim Kloppe		
Frau Elke Rost		
Herr Uwe Schieritz	Verw	
Herr Ulrich Schütz	Verw	
Frau Astrid Waldt		

**Entschuldigt fehlen:**

Frau Barbara Scheller	SPD
Herr Andreas Strauch	SPD

## **Tagesordnung:**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Beratung der Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 11. April 2003  
Vorlage: III/2003/03498
5. Mitteilungen
6. Anfragen, Anträge

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

\_Der stellvertretende Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Herr Misch – CDU – eröffnete die Sitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Danach übergab er die Leitung der 22. Sitzung an die neue Ausschussvorsitzende Frau Blumenthal - UBF -.

Der Beigeordnete Herr Funke dankte im Namen der Frau Oberbürgermeisterin und der Verwaltung dem bisherigen Vorsitzenden Herrn Spitzke – UBF – für die geleistete Arbeit.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

\_Es gab keine Ergänzungen zur Tagesordnung. Diese wurde in der vorliegenden Fassung bestätigt.

## **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

\_Die Niederschrift der 21. Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 27.05.2003 wurde zur Kenntnis genommen und in der vorliegenden Fassung mit einer Enthaltung einstimmig angenommen.

## **zu 4 Beratung der Stellungnahme der Stadt Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 11. April 2003 Vorlage: III/2003/03498**

---

Herr Beigeordneter Funke nahm zu der Vorlage einleitend Stellung. Er führte aus, dass aufgrund der Komplexität der Vorgänge die Beschlussvorlage in der heutigen Sitzung noch nicht abschließend beraten werden könne, zumal zu den Teilbereichen B – Steintor-Variete` - C – Tiefgarage Hansering – bisher noch keine abschließenden Erkenntnisse seitens der Verwaltung vorlägen. Die einzelnen aufgeworfenen Problemstellungen des Landesrechnungshofes sollten vielmehr mit dem Ziel, Handlungsnotwendigkeiten und

Anregungen für die Zukunft aufzuzeigen, um letztendlich eine Beschlussfassung im Stadtrat herbeizuführen, diskutiert werden.

Herr Geuther - CDU - unterbreitete daraufhin den Vorschlag, zunächst den Teilbereich A – Maßnahmen und Verfahren auf dem Gebiet der Informationstechnik – abschließend zu beraten.

Im Anschluss daran erläuterte Herr Schütz – Mitarbeiter der Stabstelle Organisation – u.a. ergänzende Fragen zu den Punkten 8 bis 14 erschöpfend. Insbesondere ging er auf die ordnungsgemäße Führung von speziellen Bestandsverzeichnissen ein. Er sicherte auf die Frage von Herrn Misch (CDU) „Wann mit der Inkraftsetzung einer entsprechenden Verwaltungsvorschrift (Inventarordnung) zu rechnen sein?“ zu, die Bearbeitung einschließlich Inkraftsetzung bis zum 31.12.2003 vornehmen zu wollen.

In der weiteren Erörterung wurde von den Ausschussmitgliedern u.a. Herrn Ratsherrn Klimek (PDS) und der berufenen Bürgerin Frau Schmiedel ausdrücklich auf die konsequente Beachtung der Kostenentwicklung für die Erneuerung der Datenverarbeitung der Stadt Halle eingegangen und die Notwendigkeit der Verfolgung einer angemessenen Kosten-Nutzen-Relation des gesamten Prozesses betont.

Herr Kloppe führte dazu aus, dass im Rahmen der Schlussberichterstattung zur Jahresrechnung 2002 vorgesehen sei, die Kostenentwicklung im Haushaltsjahr 2002 zu thematisieren.

Bezüglich der Feststellungen zu den Punkten 17 bis 24 wurde von Frau Tannenberg betont, dass eine Freihandvergabe nicht gerechtfertigt sei und damit der Wettbewerb nicht gegeben wäre. Die Feststellungen im Bericht des Landesrechnungshofes zur Vergabeproblematik würde damit zu Recht bestehen.

Herr Funke gab der Hoffnung Ausdruck, dass durch die zukünftige Einrichtung einer zentralen Vergabestelle der Umgang mit den einschlägigen Vergabebestimmungen eine erhebliche Verbesserung erfahren würde. Die entsprechende Vorlage zur Einrichtung einer zentralen Vergabestelle sei im Übrigen bereits erarbeitet und würde in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.10.2003 erörtert werden können.

Herr Geuther (CDU) bat danach um ein abschließendes Zwischenvotum zum Teilbereich A der Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 18.07.2003 – Maßnahmen und Verfahren auf dem Gebiet der Informationstechnik - bat um eine abschließende Abstimmung zur Beschlussvorlage Nr. III/2003/03498.

Diesem Begehren wurde allgemein mit folgenden Ergebnis gefolgt:

**Abstimmung:**            **2 Ja-Stimmen**  
                                 **2 Nein-Stimmen**  
                                 **3 Enthaltungen**  
                                 **abgelehnt**

Die Beratung zu der Stellungnahme der Stadt Halle zum Bericht des Landesrechnungshofes vom 11.04.2003 ist damit in der nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 14.10.2003 fortzusetzen.

Seitens der Ausschussmitglieder wurde zu den Teilbereichen B und C insbesondere um eine Beantwortung folgender Fragestellungen durch die Verwaltung ersucht:

Teilbereich B – Steintor-Variete` - :  
Frage des Herrn Misch (CDU)

Warum geht die Verwaltung so großzügig mit Vertragsverlängerung um ?

Frage des Herrn Geuther (CDU)

In wieweit hat die Stadt Halle die vertraglichen Maßnahmen gesichert?

Frage des berufenen Bürgers – Herrn Knöchel –

Sind außer der Verwaltung weitere Gremien beteiligt worden? Und war dieses erforderlich?

Teilbereich C – Tiefgarage Hansering -:

Fragen des Herrn Misch (CDU)

In der Vergangenheit hat bereits zu dieser Thematik eine Akteneinsicht (zusammen mit Herrn Sänger (CDU) ) stattgefunden, die in umfangreiche Fragestellungen einmündete. Warum wurden seinerzeit seitens der Verwaltung nicht die entsprechenden Konsequenzen gezogen?

Führt ein rechtswidrig Zustande gekommener Vertrag (Verstoß gegen geltende Satzungen etc.) automatisch zur Nichtigkeit? Hierzu wird eine ausführliche Darstellung der Vertragskonstellation seitens der Verwaltung erwartet.

Welche Möglichkeit besteht seitens der Stadt Halle, die in Rede stehenden Mittel zurückzufordern?

Frage des berufenen Bürgers Herrn Knöchel:

Die Stadt hat aus Gründen der Wirtschaftsförderung auf Einnahmen in Höhe von 3.150.000 DM verzichtet. Inwieweit waren hier Gremien, und wenn ja, welche beteiligt?

Welche hätten beteiligt werden müssen? Wer ist dafür verantwortlich?

## zu 5      **Mitteilungen**

---

\_Herr Kloppe gab den Ausschussmitgliedern folgende Mitteilungen zur Kenntnis:

- Im Rahmen der Prüfung von Unterhaltsvorschussleistungen im Ministerium für Gesundheit und Soziales LSA wird eine örtliche Erhebung im Fachbereich 51 durchgeführt. (Schreiben vom 03.07.2003)
- Intensivierung der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Korruptionsvermeidung in Form der Umsetzung der Verwaltungsvorschrift Nr. 05/2002 – Vermeidung und Bekämpfung der Korruption innerhalb der Stadtverwaltung Halle (Saale) vom 11.04.2002 .

Nach dem die o.g. Verwaltungsvorschrift in der Sitzung vom 22.10.2002 den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben wurde, sind in der Zwischenzeit erforderliche Schulungsmaßnahmen begonnen worden, die derzeit noch laufen. Begonnen wurde dabei mit der Schulung der Fachbereichs- und Ressortleiter. Bezüglich einer Bildung einer Arbeitsgruppe mit der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei sowie dem Landesrechnungshofes –als Gast- steht noch die schriftliche Zustimmung der Kriminalpolizei aus.

Weitere Aktivitäten zur Förderung einer eigenen Anti-Korruptionsstrategie in den Städten und Gemeinden haben dazu geführt, Kontakt mit dem Verein Transparency International – Deutscher Chapter e.V. aufzunehmen. Dieser Verein hat sich

insbesondere zum Ziel gesetzt, auch außerhalb des Verwaltungsverfahrens unterstützende Maßnahmen zu verfolgen, um Korruption in welcher Form auch immer entgegenzuwirken. Vertreter dieses Vereins stehen für weitere und umfassende Informationen über die Vorgehensweisen zur Verfügung. Dem Vorschlag, eine erweiterte Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu dieser Problematik unter Federführung des Fachbereiches 14 zu organisieren, wurde allgemein zugestimmt.

- Entsprechend des Beschlusses des Rechnungsprüfungsausschusses wurde den Mitgliedern eine Gutachtentabelle für das Haushaltsjahr 2003 mit dem Stand per 30.06.2003 übergeben.
- Die avisierten Vorlagen für die Zentralisierung des Vergabewesens und der Einrichtung eines Investitionscontrolling liegen noch nicht entscheidungsreif der Rechnungsprüfung vor. Der Beigeordnete Herr Funke sicherte eine Beratung dieser Vorlagen zur nächsten Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses zu.

## **zu 6      Anfragen, Anträge**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde nach Rückfrage keine Wortmeldung gewünscht.

Für die Richtigkeit:

Datum: 15.09.2003

---

Hannelore Blumenthal  
Ausschussvorsitzende

---

Elke Rost  
Protokollführern